

Die Arbeiterzeitschrift.

Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwandter Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,75 Mark. Postzeitungsnr. 295a. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassier J. Bey zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Leserkreis und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: A. Jahn Berlin SW. Engelauer 15 II

Nr. 21.

Berlin, den 24. Mai 1900

27. Jahrg.

Zur Fabrikinspektion.

In jenen Berufen, in welchen die Arbeiter durch die Art und Weise der Arbeit oder durch die Art der zu verarbeitenden Stoffe mehr als andere Arbeiterkategorien Schaden an ihrer Gesundheit nehmen, sollte man voraussetzen können, daß dem wichtigen Institute der Fabrikinspektion weitgehendstes Interesse seitens der Arbeiter entgegengebracht wird. Unsere Berufsgenossen bezeichnen die Lungenschwindsucht, die im allgemeinen als Proletarierkrankheit benannt wird, im besonderen auch mit „Porzellinerkrankheit“ und wenn gegen 70 pSt. der Todesfälle bei den Porzellanarbeitern auf die Lungenschwindsucht zurückgeführt werden müssen, so ist diese Bezeichnung auch am Plage. Uns dünkt aber dem gegenüber, daß die Porzellanarbeiter nicht das Interesse dem Institut der Fabrikinspektion entgegenbringen, als es immerhin doch verdient. So viele Klagen es auch über die sanitätswidrigen Zustände innerhalb der Porzellan- u. Fabrikten noch giebt, wären die Fabrikinspektoren nicht vorhanden und machten ab und zu ihre Revisionen, es würde wohl ein gut Theil schlimmer mit diesen Zuständen ausfallen.

Es kann nun freilich nicht etwa konstatiert werden, daß diese Revisionen sehr oft stattfinden, im Gegentheil, so manchen Kollegen hörten wir auf die Frage, wann war der Fabrikinspektor bei euch, antworten: wir haben noch nie einen gesehen. Ist nun aber wirklich einmal der Fabrikinspektor zu einer Revision erschienen, so fällt diese oft so oberflächlich aus, daß danach die Arbeiter eine Verbesserung vorhandener Uebelstände durchaus nicht erkennen können. Die Zahl der Inspektoren ist im Verhältnis der zu revidierenden Betriebe zu gering und deswegen kann auch hier nicht immer der revidierende Beamte allein verantwortlich gemacht werden.

Freilich auch giebt es Fabrikinspektoren, die ihren Pflichten in einer Weise nachkommen, womit der Arbeiter nicht einverstanden sein kann und es ist dann zu verstehen, wenn bei der Arbeiterschaft Boreingenommenheit gegen das an und für sich nützliche Institut der Fa-

abrikinspektion herrscht. Ganz abgesehen davon, daß in Sachsen ja öfter mal etwas passiert, was in anderen Bundesstaaten seltener ist, so erscheint uns aber doch folgendes nicht so gar spezifisch sächsisch, es wird auch anderswo ähnliches vorkommen.

In einer Textilarbeiter-Versammlung in Kirchberg in Sachsen wurden, wie das „Sächsische Volksblatt“ berichtet, verschiedene Mißstände in Fabriken zur Sprache gebracht. Auf diese Beschwerden nun erschien kurz darauf der Gewerbeinspektor von Zwickau in dortigen Fabriken, um diese Zustände zu untersuchen. Aber was mußte man erleben? Der Gewerbeinspektor mußte nämlich ganz genau, welche Arbeiter in dieser Versammlung über Mißstände gesprochen hatten, und er ließ nun diese in jeder Fabrik ins Komtoir kommen, um sie in Gegenwart des Herrn Fabrikbesizers auszuforschen, was sie in der Versammlung gejagt haben sollen. Einige Arbeiter verweigerten die Antwort mit der Bemerkung, daß sie nur mit ihm allein sprechen wollten. Diesem Wunsche entsprach der Herr Gewerbeinspektor nicht. Das Resultat ist nun, daß ein Arbeiter, der etliche 20 Jahre bei der Firma J. G. Wolf beschäftigt ist, am 3. Osterfeiertag sofort entlassen wurde, weil er den Herrn Gewerbeinspektor in der Fabrik herumgeführt und denselben auf einige Uebelstände aufmerksam gemacht hat.

Den andren Fall schildert ein Leser der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in einer Zuschrift an diese wie folgt:

„Vor einiger Zeit machte ich den Freiburger Fabrikinspektor auf die sanitären Verhältnisse in der Druckerei des dortigen Amtsblattes aufmerksam. Nach dem ersten höflichen Brief rührte sich nichts, auch eine Postkarte mit der höflichen aber dringenden Bitte, doch einmal früh 8 Uhr in der Druckerei zu erscheinen, hatte keinen Erfolg, der Fabrikinspektor kam nicht; erst ein drittes Schreiben brachte den Herrn zu einer Revision, aber unter welchen Umständen ging diese vor sich? Statt, wie gebeten, um 8 Uhr, wo die bestehenden Mißstände am empfindlichsten bemerkbar sind, erschien der Herr glücklich gegen 10 Uhr. Die angegebenen Mißstände schienen

den Herrn gleichfalls nicht besonders zu interessieren, desto mehr Eifer legte er an den Tag, den Schreiber des Briefes zu erfahren. Seine ersten Worte waren, nachdem er in den Arbeitsaal getreten war: Wer von Ihnen hat die Anzeige geschrieben? Ich war von dieser Art der Pflichterfüllung überrascht, zog es aber vor, zu schweigen, um der sicher zu erwartenden Maßregelung zu entgehen.

Schließlich hatte die Revision doch die Folge, daß für einige Tage bessere Luft wurde, aber schon kurze Zeit danach zog der gefährliche Rauch aus der Stereotypie wieder in den Saal und verbreitete sich über Maschinen- und Sezer Raum. Nach mehrmaligem Schreiben erschien der Fabrikinspektor wieder, diesmal um 9 Uhr — die Luft war ziemlich rein. Da ließ sich der Herr Fabrikinspektor die Einschreibebücher der Sezer geben, um den Briefschreiber feststellen zu können. Der liebe Mühe war vergeblich. Aber noch heute werden in der Druckerei des „Freiberger Anzeiger“ die Sezer durch die Dämpfe aus der Stereotypie belästigt. Wenn diese Vorgänge die Maßregelung des betreffenden Beschwerdeführers nicht zur direkten Folge hatte, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Schriftenvergleichung des Fabrikinspektors resultatlos verlief.“

Dieses Verfahren ist am besten zu charakterisieren, wenn man ihm gegenüberstellt, wie die badische Fabrikinspektion mit den Arbeitern verkehrt und was sie darüber zu sagen hat. So theilt der Bericht für 1899 mit, daß auf Verlangen des Arbeiter-Konsumvereins Kartwangen an seiner General-Versammlung ein Beamter der Fabrikinspektion theilnahm. Ueber die dabei gemachten Erfahrungen heißt es in dem Bericht unter andern:

„Dem Beamten, der an der Generalversammlung theilgenommen hat, gaben die empfangenen Eindrücke zu der Bemerkung Anlaß, daß der so notwendige und nützliche mündliche Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern leichter und besser als durch die früher in größerem Umfange verführter Sprechstunden durch öftere Theilnahme von Aufsichtsbeamten an geeigneten Versammlungen von Arbeiter-

vereinen thutlichst jeder Richtung ermöglicht und gefördert werde. Die Teilnahme der Arbeiter an solchen Vereinsversammlungen falle niemand auf. Infolge davon werde es dem Arbeiter leichter, seine Anliegen offen und frei vorzutragen, da er nicht befürchten müsse, verrathen zu werden."

Das ist eine Auffassung von den Aufgaben der Fabrikinspektion, wie sie allein geeignet ist, diese zu einer für die Arbeiter segensreichen Einrichtung zu gestalten.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß Baden in Bezug auf Fabrikinspektion wirklich ein „Musterländle“ ist und wenn es überall Wörtschhofer's gäbe, könnte vieles in den Arbeits- und Werkstattverhältnissen, auch bei den Porzellanarbeitern, besser sein.

Aber die Gleichgültigkeit, der liebe Schlandrian, womit den Zuständen gegenüber gestanden wird, sie sind eben auch bei uns allzu sehr vorhanden und das beweist fast ein jeder Versammlungsbericht, der aus den Kreisen der Porzellanarbeiter kommt.

Und auch diesem schädigenden Verhalten gegenüber, was ja so oft, aber leider ohne Erfolg, von uns moniert wird, trifft der badische Fabrikinspektor Worte, die nur allzu zutreffend auch auf unsere Berufsgenossen sind.

Er zitiert u. A. eine Versammlung, in welcher nur ein Axtel sämtlicher Berufsarbeiter anwesend war, und in welcher es sich um Verhütung von Unfällen handelte. In dieser Versammlung wurde auch festgestellt, daß von 1000 zur Ermittlung der Zustände abgeschickten Fragebogen nur 300 zurückgekommen seien. Der Inspektor sagt zu dieser Gleichgültigkeit der Arbeiter:

„Die Arbeiter haben kaum ein Recht, sich über bestehende Mißstände zu beklagen, wenn sie so wenig Interesse zeigen, um dieselben zu beseitigen. Bei der Inolenz (Trägheit) der Arbeiter ist es nicht zu verwundern, wenn die maßgebenden Behörden denen glauben, die stets versichern, daß es mit der Sicherung der Arbeiter ganz wunderbar gut gestellt sei.“

Diese Worte aus dem Munde eines nicht „berufsmäßigen Gegners“ sondern aus dem eines staatlich angestellten Beamten, sollten sich alle jene Kollegen hinter die Ohren schreiben, die sich besser in Klub- oder „Schafkopf“-Klubs und sonstigen ähnlichen Conventikeln gefallen, statt die Versammlung der Berufsorganisation zu besuchen.

Nun hat eine Generalversammlung unseres Verbandes es den Mitgliedern in Bezug auf den Verkehr mit der Fabrikinspektion bezw. bei Beschwerden über sanitätswidrige Verhältnisse und andre Mißstände in den Werkstätten, sehr leicht gemacht. Danach brauchen solche Beschwerden, die auf Grund von Thatsachen resultieren und für die nur die Verwaltung nach Untersuchung derselben ihre Unterschrift für den Vorstand zu geben braucht, an den Letzteren eingesandt zu werden und das Weitere wird dann von diesen veranlaßt.

Sollte man nun nicht meinen, daß hier von recht ausgiebiger Gebrauch gemacht wird? Nein, es ist das nicht der Fall, schon lang, lang ist's her, daß einmal aus dem Schwarzburg-rudolstädtschen Lande, eine solche Beschwerde kam, die dann dem Fabrikinspektor übermittelt wurde und auch Erfolg hatte.

Und doch wie viel Anlaß giebt es gerade in den Werkstätten, in denen der gesundheits-schädigende Porzellanarbeiter-Beruf ausgeübt wird, um den Gewerkeinspektor zu irritieren und dadurch auf Verbesserungen hinarbeiten zu können!

Also Berufsgenossen, beherzigt die Worte des badischen Fabrikinspektors, und handelt

nach der Resolution Meißens, nach welcher begründete Beschwerden über Mißstände zc. in Fabriken zur Uebermittlung an den Fabrikinspektor an den Vorstand einzusenden sind, weil, wie ja auch aus dem oben zitierten Fall aus Sachsen hervorgeht, sehr oft die Furcht vor Entlassungen eine persönliche Beschwerde unmöglich macht.

Amtlicher Theil.

Das Mitglied 14 810 Georg Ries, Dreher aus Grünstadt, hat, wie uns als glaubhaft nachgewiesen ist, ein Mitglied des Magdeburger Verbandes bei dem Landrath in Simburg denunciirt, weil selbiges als Ausländer angeblich in sozialdemokratischem Sinne sich am politischen Leben betheiligte. Die Anzeige kann nur erfolgt sein, um die Ausweisung des betr. Ausländers herbeizuführen.

G. Ries ist deshalb auf Grund des § 5 Ziffer 3 aus dem Verbandsausgeschlossen worden mit der Maßgabe, daß derselbe nie wieder aufgenommen werden soll.

Der Verbandsvorstand.

Aufforderung.

Gemäß § 34 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur Einsendung der Abschlüsse und Gelder pro 1. Quartal 1900 aufgefördert:

Berlin II, Breitenbach, Breslau, Gräfenthal, Grünstadt, Oberkugau, Oberkötzig, Roda, Saargemünd, Sigendorf, Schönwald, Schwarzenbach, Tettau, Unterweißbach, Waldburg, Weingarten.

J. B e y, Verbandskassirer.

60. Vorstandssitzung vom 9. Mai 1900.

Ohne Entschuldigung fehlt B e y; von den Revisoren ist P o e s e n e d e r anwesend.

Zur Differenz bei der Firma Bauer - K a h l a wird weiterer Bericht zur Kenntnis genommen; im Uebrigen werden weitere Maßnahmen vertagt bis zur Rückkehr des Vorstandsvorstreters. — Eine Zuschrift von J l m e n a u wird zur Kenntnis genommen. — In Eisenberg, Firma Reinecke, sind sämtliche Dreher gekündigt worden, nachdem dieselben bezüglich des Lohnzahlungsmodus in Differenzen mit der Firma gekommen, und beabsichtigen dieselben, nun gleichzeitig diverse Forderungen einzureichen; es wird dem zugestimmt und weitere Beschlussfassung bis nach Eingang des Differenzformulars vertagt. Gleichzeitig wird der Vorsitzende beauftragt, im Anschluß an Kahla, nach Eisenberg zu gehen in Anbetracht der bei der Firma Reinecke u. Schwabe gleichzeitig schwebenden Differenzen; bei letztgenannter Firma soll eine gemischte Kommission zu Gunsten der in Differenzen stehenden Malerinnen interveniren. — In Schweidnitz, Firma Krause, sind 3 Mitglieder entlassen worden, wegen Weigerung, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie sich verpflichten sollen, keinem Verbandsangehörigen; es wird den betreffenden eventuell Rechtsschutz bewilligt.

— Das Mitglied 14 810 Georg Ries, wird auf Grund des § 5, Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen mit der Maßgabe, nicht wieder aufgenommen zu werden.

— Dem Mitgliede 9035 S t a f f e l wird Rechtsschutz bewilligt. — Das Urtheil in Sachen Mittel contra Fuchsrube-Altwasser, wird zur Kenntnis genommen. — Der Gratislieferung von 2 Exemplaren des Organs für das Lesezimmer des Gewerkschaftshauses wird zugestimmt.

— In Unterstützungssache 7577 H i r s c h b e r g wird Vertagung und Recherche beschlossen, desgl. in Angelegenheit des Mitgliedes 18 904 W e l k w a s s e r. — Für 11 787 B u d a u wird Weiterunterstützung auf Reisen bewilligt. — Fahr- und Umzugskosten für 15 093 K a h l a werden nach § 9 des U. A. abgelehnt. — In Unterstützungssache 9150 R u d o l f s t a d t wird der bereits gefaßte Beschluß aufrecht erhalten. Die Sitzungen des Vorstandes finden von nun an im Verbandsbureau statt.

— Eine Reihe weiterer Zuschriften resp. Beschwerden werden wegen vorgeschickter Stunde vertagt.

Unterstützung erhalten: Berlin II: 25 860, 25 858, 25 854, 21 884, 13 663, 18 879 vom 14. 5. ab. B o n n: 17 355 vom 11. 5. B u d a u: 21 888 vom 10. 5. (auf Reisen). D ü s s e l d o r f: 7881 vom 10. 5. F r e i w a l d a u: 13 942 vom 14. 5. G e r a: 21 737 vom 14. 5. S c h e d e w i t z: 22 528 vom 14. 5.

Fahrtkosten erhalten: B o n n: 17 355, 740. Eisenberg: 11 691 4,70, 18 999 4,70. H i r s c h b e r g: 7577 3,30. M ä n c h e n: 8119 13,50. K e u-

halbenseiten: 20 055 3,90, 20 197 12,20. Schwarzja: 11 185 1,40 M.

G. W o l l m a n n, J. S c h n e i d e r, Vorsitzender, Verbandschriftführer.

Aus unserm Berufe.

— In **Gibau** i. Sachsen, Steingutfabrik sind die Arbeits- und Verdienstverhältnisse mißliche, es wird dies nach allem, was schon über diesen Ort in der Umseise (Land, bekannt sein. Die dem Verband angehörigen Berufsgenossen versuchten bei der Direktion eine Aenderung zum Besseren zu erzielen, doch stellte sich dieselbe, resp. der Direktor Marquardt auf einen vollständig ablehnenden Standpunkt, er will anscheinend junge Leute und Mädchen beschäftigen und sucht solche in der „Oberlausitzer Dorf- und Volkszeitung“. Was aus einer Fabrik wird, die kaum in Betrieb gesetzt, schon gleich à la Görnewitz vorgeht, Verbandsmitglieder ächtet, nur ungelernete Arbeiter beschäftigen will, kann man sich ja denken. Eine Fabrikordnung besitz übrigens dieses Institut, bei deren Abfassung der § 134 zc. wenig beachtet worden zu sein scheint. Herr Marquardt hat sich geäußert, daß er wisse, wer von unseren Mitgliedern kündige, bekomme keine Unterstützung; nun, da hat der Vorstand beschlossen, angesichts der berechtigten Forderungen nach einer kleinen Lohnerhöhung, Regelung der Arbeitszeit, Abstellung von diversen Mißständen, den Mitgliedern unter Zusicherung von Unterstützung die Aufgabe der Arbeit zu gestatten. Ganz abgesehen davon, daß diese Firma in Gibau Verbandsmitglieder ächtet, ist es nunmehr für die Berufsgenossen geboten, jeden Zugang nach dort zu unterlassen, schwer braucht sich dies angesichts der tristen, ungünstigen Verhältnisse in dieser Steingutfabrik Niemand werden zu lassen.

— Die Firma **Reinecke** in **Eisenberg** hat ihrem ganzen Dreherpersonal gekündigt und hat folgedessen der Vorstand die Sperre über diese Fabrik verhängt. Da, wie aus der Mittheilung eines Berliner Rechtsanwalts an den Redakteur d. Bl. hervorgeht, die Firma sich beleidigt und finanziell geschädigt sieht und jedenfalls den Rabi anrufen will, so unterlassen wir nicht, sie im eigenen Interesse auf die in der Beilage heutiger Nr. enthaltenen Urtheile gegen uns aufmerksam zu machen.

Warum wurden nun die Dreher gekündigt?

Wir lassen dazu den in letzter Stunde von Eisenberg eingegangenen Bericht folgen:

„Wie den Genossen aus letzter Umseise ersichtlich, ist über die hiesige Porzellanfabrik von F. A. Reinecke die Sperre verhängt worden und zwar aus dem Grunde, da Reinecke das ganze Dreherpersonal ausgesperrt hat. Die Veranlassung hierzu war eine so geringfügige, daß die Ausgesperrten fest überzeugt sind, daß Reinecke mit der Kündigung irgend etwas anderes bezwecken wollte. Der ganze Vorgang war folgender:

In der Dreherei bei R. war es bis dato Usus, daß ein Mann aus dem Personal die Auszahlung am Sonnabend besorgte. Für seine Mühewaltung zog der Betreffende pro Mann 3 Pf. vom Lohne ab. Die Dreher wollten diesen Uebelstand schon längst beseitigen. Am Sonnabend den 5. Mai war nun der Dreher, welcher die Auszahlung immer besorgte, nicht in der Fabrik erschienen, die übrigen Dreher weigerten sich, dessen Funktionen zu übernehmen. Diese „Hartnäckigkeit“ (!) war nun dem Herrn F. A. Reinecke doch zu stark und er kündigte kurzer Hand das ganze Personal. Nun fiel dies vor der Hand gar nicht auf, da es eine allbekannte Thatsache ist, daß sich R. schon oft solche Extravaganzen erlaubt hat. Man war daher der Meinung,

daß die Kündigung zurückgenommen würde und hatten sich für diesen Fall die betreffenden Dreher auch vorbereitet. Doch die Kündigung wurde nicht zurückgenommen und so ist nun die Aussperrung am Sonnabend perfekt geworden. Jetzt sind jedoch die ausgesperrten Dreher der festen Ueberzeugung, daß sich N. ein anderes Personal anschaffen will, wahrscheinlich ein willigeres, welches auf etwaige vorzunehmende Reduzierung bereitwilligst eingeht. Bestärkt in dieser Ansicht wurden die Aussperrten dadurch, daß N. einige Dreher fragte, ob sie bleiben wollten. Diese gaben jedoch den Bescheid, nur dann bleiben zu wollen, wenn das ganze Personal bliebe. Dies hatte N. nun nicht erwartet, er wollte einfach das Personal sprengen, und macht er nun eine Kraftprobe. An unsern Genossen liegt es ob sie auf die Drehergesuche in der „Rundschau“ eingehen wollen oder nicht. In der willkürlichsten Weise sind hier 22 Mann auf das Pfaster geworfen, wir erwarten daher von unsern auswärtigen Kollegen und Genossen, daß sie eine solche Handlungsweise entsprechend würdigen, daß keiner sich einfallen läßt bei Reinecke in Arbeit zu treten, so lange diese Aussperrung dauert. Hoffentlich finden sich diesmal keine derartigen Elemente ein, welche uns in den Rücken fallen, und wir appellieren daher nochmals an Euch, Kollegen! Steht uns bei gegen den Uebermuth und gegen die Willkür! Auch unsere österreichischen Kollegen werden dies beherzigen, denn besonders auf diese scheint man zu rechnen. Diese sollen die Kraftprobe zu Gunsten N. entscheiden, doch wir erwarten, daß sich N. hierin gewaltig täuscht, daß auch die österreichischen Kollegen mit uns Hand in Hand gegenüber solchen „Kraftproben“ gehen.

— Differenz bei Firma **Goldscheider** in **Wien**. Wie bereits in Nr. 19 mitgeteilt, haben die Retoucheure dieser Firma ihre Kündigung eingereicht, weil ihnen ihre aufgestellten sehr berechtigten Forderungen nicht bewilligt wurden. Es wolle von den Kollegen Deutschlands keiner sich als „Arbeitswilliger“ nach dort verdingen, und eventuelle Gesuche der Firma Goldscheider ignorieren. — Vor Bezug warnt außerdem die „Solidarität“ nach Schönfeld, Sibau. — Die „Union“ hatte am 30. April einen Baarbestand von 19 285,35 Kronen.

Von Herrn **Krause** in **Schweidnitz** haben wir zwar erst in letzter Nr. Diverses geschrieben, es muß aber auch heute nochmals darauf verwiesen werden, daß diese Fabrik gesperrt ist, daß aber Herr K. Leute, auch unter Schiffe M. J. 1624, lücht. Wer sich also vor Schaden, und sei es auch nur vor Schädigung seiner Staatsbürgerrechte, bewahren will, melde die Fabrik K. M. Krause in Schweidnitz.

— Dem **Josef Lima** aus Schlaggenwald in Böhmen sollten wir s. Zt. durch die Worte Streikbrecher, Lump beleidigt haben. Wir bestritten, diese Worte gebraucht zu haben, Lima als Kronzeuge beschwor aber, vor Gericht, daß die Worte gefallen und eine Geldstrafe von 200 Mk. war das Resultat der Gerichtsverhandlung.

Daß Lima einen Streikbrecher gemacht hat, steht ja fest, wenn er als solcher bezeichnet worden wäre, so wäre es die Wahrheit gewesen, den Wahrheitsbeweis zu erbringen war leicht. Wenn es überhaupt auf einen solchen angekommen wäre bezügl. des Wortes „Lump“ würde es damit schwer gehalten haben? Man mag dies aus folgenden Bericht des „Selber Tagblatt“ ermessen:

„**Sof**, 14. Mai. (Strafkammer). Raffinierte Schlaubheit nennt es der Erstrichter in Wunsiedel, plumper Schwindel, sagt heute der

Verteidiger Herr Rechtsanwalt **Baumann**, sei es vom verheirateten Porzellanmacher **Josef Lima** aus Böhmen, früher in Dörfles, jetzt in Frankfurt a. d. O., gewesen, als er seiner Logisfran (der ca. 55 Jahre alten Färberschwabe **Bisette Söll** in Dörfles) vorstunzte, er sei unverheiratet und werde sie heirathen. Es wurden auch die Ringe gewechselt. Die Hauptsache aber war, daß Lima die heirathelustige Wittve ordentlich anpumpt. Sie hat ihm nach und nach ca. 200 Mk. gegeben. Schließlich machte er sich doch aus dem Staub, aber nicht anders als daß er sie noch bis Charlottenburg genasführt hatte, indem er ihr vorschwindelte, er habe eine Wirthschaft gepachtet. Inzwischen hatte er sich angeblich mit seiner Frau wieder ausgesöhnt und zog zu seiner Familie nach Frankfurt a. O. Nachdem er Oesterreicher und Katholik ist, hätte er sich gar nie mit der Söll verheirathen können, selbst wenn es seine Absicht gewesen wäre. Für diesen ausgelegten Schwindel gab ihm das Schöffengericht **Wunsiedel** am 21. Februar 7 Monate Gefängniß. Heute wird auf die durch Herrn Rechtsanwalt **Baumann** eingelegte Verurteilung hin, die Strafe auf 5 Monate ermäßigt, dafür aber der Verurtheilte sofort verhaftet, da er Ausländer ist.“

Zu bedauern ist nun nur der Herr **Paetich** in Frankfurt a. O., der so lange auf die Dienste des Herrn **Lima** verzichten muß.

— Die Lage des Arbeitsmarktes ist noch andauernd günstig. Wenngleich nach den Berichten der Krankenkassen an die Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ die Zahl der beschäftigten Arbeiter im April weniger zugenommen hat, als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres (um 2,7 pCt. gegen 3,55 pCt.), so liegt doch auch hierin immerhin noch eine Vermehrung der beschäftigten Hände. An den Arbeitsnachweisen ist eher Mangel als Ueberschuß an Arbeitern zu merken. Auf 100 offene Stellen kommen, nur 96,7 Arbeitsjüngende (gegen 99,0 im vorjährigen April) Unerfreuliche Symptome wie die Betriebs-einschränkung der Rammgarnspinner sind vorhanden, aber nicht tonangebend. Selbst im Baugewerbe, wo die Konjunktur sicher nachgelassen hat, treten auf dem Arbeitsmarkte noch keine schädlichen Folgen zu Tage. Dagegen erwachsen auch für den Arbeitsmarkt lebhaftest Befürchtungen aus den Vorgängen am amerikanischen Eisenmarkte. In dem starken Preisrückgang des amerikanischen Eisens seit dem 16. April erblicken die europäischen Börsen garabazu das Sturmsignal der wirtschaftlichen Krisis: Preissturz, Betriebs-einschränkung, Arbeitslosigkeit. Wenn die Berliner Börse diese Gefahr für Deutschland noch ernst nimmt, als sie ist, wenn sie die Kurse der deutschen Industriepapiere ebenso herabsetzt, wie London und Brüssel, so ist in dieser Ueberstürzung doch nur der Rückschlag gegen die frühere allzugroße Sorglosigkeit zu erblicken. Noch ist der Preisunterschied zwischen Amerika und Deutschland größer als Fracht und Zoll. Eine unmittelbare Gefahr für den deutschen Arbeitsmarkt besteht deswegen augenblicklich noch nicht.

Versammlungsberichte etc.

Gotha. Die am Sonnabend, den 19. Mai einberufene außerordentliche Versammlung war von über 100 Mitgliedern besucht und behandelte als 1. Punkt die Angelegenheit des **Simson's** Dreherpersonals, bezüglich der in letzter Zeit sehr häufigen Kündigungen, theils von der Firma, theils von den Drehern selbst. Die Dreher theilten nochmals die einschlägigen Verhältnisse mit und war hieraus zu ersehen, daß es für die Dreher nicht so glänzend steht. Es wurde daher beschlossen, in der „Ameise“ darauf hinzuweisen, bei Engagement von Drehern nach Gotha (Firma **Gebrüder Simson**) sich erst bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen, denn der Verband hat nicht die Verpflichtung, fortwährend Dreher auf Kosten des Verbandes herbeizuschaffen. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Streitfrage innerhalb des Verbandesvorstandes. Die Zahlstelle **Gotha** mißbilligt ganz entschieden das Gebahren des Verbandsvorstandes gegen den Verbands-

kassierer. Gleichzeitig erblüht die Zahlstelle durch das Fernbleiben des Verbandskassierers von den Vorstandssitzungen eine Kontraktverletzung und fordert den Verbandskassierer auf, die Vorstandssitzungen im Interesse des Verbandes wieder regelmäßig zu besuchen. Gegen die Kündigung des Verbandskassierers seitens des Vorstandes erblüht die Zahlstelle ganz entschieden Protest. Da nach § 24 der Verbandsordnung nur zur vorläufigen Absetzung der Beamten berechtigt ist. Die Zahlstelle ist vielmehr der Ansicht, daß der Verbandsvorstand nach § 23 eine allgemeine Mitgliedsabstimmung herbeizuführen hat.

Oberhausen. In der am 19. Mai im Verein total stattgefundenen Versammlung ergab das Resultat der Präsenzliste folgendes Resultat: Anwesend 47, entschuldig 7, davon krank 5. Nachdem der geschäftliche Theil erledigt war, kam man zu Punkt 5. Mitgliedsabstimmung. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der hervorgehoben wurde, daß wir, wie ja so oft betont wird, eine Kampforganisation seien und jetzigen Mitgliedern, welche durch den Kampf der Bergarbeiter um Erlangung besserer Arbeitsbedingungen arbeitlos geworden, Unterstützung auszusprechen sei. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde wie nachstehend gebilligt: Zu Punkt 1 24 für, 2 gegen, enthalten 17; zu Punkt 2 13 gegen; zu Punkt 3 42 für, 1 gegen. Punkt 4: Bericht des Schiedsgerichts bezüglich Nichterkenntnis seiner Beschlüsse seitens des Vorstandes in Angelegenheit des Verbandskassierers. Nachdem der Obmann derselben, **Gen. Reinh. Kleinwächter**, in dieser Angelegenheit ausführlich Bericht erstattet hatte, wurde das Vorgehen des Schiedsgerichts gut gehalten und folgende Resolution zur Annahme: Die am 19. Mai tagende Zahlstellenversammlung nahm den Bericht des Schiedsgerichts in Angelegenheit des Verbandskassierers **J. Bey** entgegen. Die Versammlung stellt unserem langjährigen Verbandskassierer **Bey** ein Vertrauensvotum aus und hält das Vorgehen des Vorstandes, sowie die Besetzung des Vorsitzenden gegen **Bey** in einer Arbeiterorganisation verwerflich. Die Zahlstellenversammlung fordert die Anerkennung der Beschlüsse des Schiedsgerichts und erhebt Protest gegen die Kündigung des Verbandskassierers **J. Bey**. Die Versammlung beantragt für Monat Juli die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung behufs Neuwahl des Vorstandes.

Schnee. Die am 12. Mai tagende Zahlstellenversammlung hörte einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen **Hirsch** über: „Das 19. Jahrhundert und seine Bedeutung für das Proletariat“ an. Darauf Mitgliedsabstimmung; es stimmten alle Anwesenden für Frage 1. Unter Punkt 3 kam die Angelegenheit **Bey** und Vorstand zur Sprache. Allgemein wurde das Verhalten des Verbandskassierers verurtheilt und wünschten die Versammelten, daß die Sache so bald wie möglich geregelt wird, denn durch das Gebahren des **Gen. Bey** kann nur der Verband Schaden leiden. Des Weiteren wurden die Ausführungen **Boschappel** in Nr. 19 kritisiert, besonders die Inskulptur der Streikbrecher. Bei einem zehnwöchentlichen Streik, wo doch die Beteiligten in ausgiebigster Weise unterstützt werden, zwingt nach Ansicht der **Boschappeler** die Noth, Streikbrecher zu werden. Dagegen bei einer 7- bis 8-wöchentlichen Arbeitslosigkeit infolge der Kohlennoth, bei einer ganz minimalen Unterstützung, kann nach den Begrüßen der **Boschappeler** und leider vieler der Genossen, noch keine Noth bei den Betroffenen eintreten. Deswegen auch die voraussichtliche Ablehnung des Antrages **Reihen**. Die Ausführungen diverser Zahlstellen und Mitglieder. Der Verband sei als Kampforganisation nicht aber nur als Unterstützungsinstitut anzusehen, hört sich sehr gut und schon an, doch muß man sich in solche Kategorien, wie sie die Kohlennoth gebracht hat, hineinranken, sehr von demselben betroffen sein, dann wird man doch eine ganz klein wenig andere Ansicht erhalten. Die Genossen in Schnee sind gewiß weit davon entfernt, den Verband als Mittelstück zu betrachten, im Gegentheil, der Verband wurde von den Genossen in Schnee noch sehr wenig in Anspruch genommen, und sind die **Schneer** gerade wie Andere der Ansicht, daß eine starke „Kriegskasse“ das Selbstbewußtsein der Mitglieder heben kann, sowie daß die Leistungsfähigkeit bei etwaigen Angriffen bei gefüllten Säcken größer ist, als bei leeren, doch muß man nicht nur die Kriegskasse als Waffe betrachten, sondern auch die **Kämpfer**. Die Kriegskasse wird ja wahrscheinlich durch Ablehnung des Antrages nicht geschwächt, aber die Zahl der Kämpfer wird auf einige Zeit gekürzt oder doch wenigstens nicht vermehrt und doch soll es vorwärts gehen.

Es würde bis ins Unendliche führen, wollte man alle die Für und Wider aufzählen, doch noch etwas muß erwähnt werden; in dem in der letzten „Ameise“ unter **H. D.** gekennzeichneten Artikel wird in etwas spitziger Weise den **Schneer** und **Schwarzhaider** Genossen vorgehalten, als ob sie sich gekümmert hätten, es zu machen wie die **Rehauer**, um nicht etwas nicht mehr eingestellt zu werden. Dem Herrn **Artikel**schreiber muß entgegengehalten werden, daß eben, weil diese Genossen die „Kriegskasse“ nicht schwächen wollten, sie dieses Verhalten nicht ähneln. Im Gegentheil glaubten dieselben durch das Solidaritätsgefühl der Genossen vor äußerster Noth geschützt zu werden, doch leider war es nicht so, deswegen der An-

trag Weissen. Des Weiteren gehören doch die Porzellaner noch keinem Nomadenvolk an, das es ihnen gleich sein kann, ob sie heute in Arbeit hier oder dort oder auf der Sandstraße sind. Ein Genosse mit Familie muß sich doch erst überlegen, ob es für seine Familie nicht von weitgehendstem Schaden ist, wenn er so als Zugvogel von einem Ort zum andern zieht. Und auch der Verband leidet durch verschiedene Auslagen, als Unterführung, Umzugskosten u. empfindlichen Schaden. Deshalb möge der Herr Artikelschreiber beruhigt und versichert sein, daß im Notfall die Schneyer Genossen sowie auch wahrscheinlich die Schwarzenbacher den Ruch hätten, ihre Entlassung entgegen zu nehmen oder zu verlangen, dafür bürgt der seit langen Jahren behäufte Anschluß an die politische und gewerkschaftliche Bewegung. Darum mag der Antrag Weissen angenommen oder abgelehnt werden, die zielbewußten Genossen werden immer ihrer Platz wissen, wo sie zu kämpfen haben. (Bravo! Die Ned.) Es würde auch die Gesamtheit bei einer durch die genehmigte Unterstützung etwas geschwächten Kriegsklasse gut zu kämpfen wissen und dem vorgeschickten Ziel näher streben können durch den gegenseitigen Zorn „Vorwärts“.

Volkstrotz. Am 11. Mai fand hier eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, in welcher Genosse Rudolf Wächter aus Dittelsdorf sprach. Redner schilderte die ungünstige Lage der Porzellanarbeiter, angesichts derselben sei es notwendig, daß die Arbeiter sich organisieren. Derselbe schilderte die Verhältnisse von Rudolfsdorf und Umgegend und führte an, daß von den tausend Porzellanarbeitern nur einige Hundert organisiert sind, wo doch eine leichte Agitation geführt werden könnte. Im Verhältnis zum Thüringer Walde, indem da die Hausarbeit vorherrscht, und die Arbeiter nicht geschlossen in Fabriken arbeiten. Wie notwendig die Agitation sei, bewies er doch, daß die Fabrikanten sich zu einem Verbande vereinigt haben, um sich gegen die immer mehr überhand nehmende Schleuderkonkurrenz zu schützen. Dasselbe müssen die Arbeiter thun, um sichere und auskömmliche Löhne zu erzielen. Aber nicht nur die männlichen Arbeiter, auch die weiblichen Arbeiter müssen zur Organisation herangezogen werden, denn gerade die letzteren werden durch niedrige Löhne auf Kosten ihrer Gesundheit immer mehr ausgezehrt. Darum ist es unsere erste Pflicht, die weiblichen Arbeiter über ihre schlechte Lage aufzuklären. Die Mitglieder müssen die Versammlungen regelmäßig besuchen, in denselben die örtlichen Verhältnisse besprechen, daß ihnen das Recht gewahrt bleibt und gegen jedes Beschneiden desselben geschlossen Front machen. Aber leider wird das zu wenig gethan, ebenso werden die Arbeiter- und Verbandsorgane oft gar nicht gelesen, vielmehr die Fabrik- und Gewerbeinspektoren in Anspruch genommen. Ein jeder Arbeiter hat für seine Existenz zu kämpfen und dahin zu streben, daß ihm das Recht gewahrt bleibt. Ein Jeder hat das Mahnwort, du mußt dich der Organisation anschließen, zu beherzigen, denn durch dieselbe wird deine Existenz gesichert.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Dieß Nachfolger in Stuttgart sind soeben die Schlusshäfte 19-22 des „**Arbeiterrecht**“ von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags, zur Ausgabe gelangt.

Hiermit liegt das für jeden Arbeiter unentbehrliche Werk komplett vor.

Das „**Arbeiterrecht**“ enthält Alles, was für den Arbeiter notwendig ist zu wissen und macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich.

Dem Werke direkt angehängt ist der **Führer durch das bürgerliche Gesetzbuch**. Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden u. s. w.

Preis in dauerhaftem Leinenband Mk. 5.50.

Das Werk ist auch in 22 Lieferungen à 20 Pf. durch sämtliche Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

„**In Freien Stunden**“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften à 10 Pf. Lieferung 19 und 20 sind soeben erschienen. Heft 19 beginnt mit dem neuen ergreifenden Roman „**Der Besen-Turk**“ von P. Baring-Gould, der das Schicksal des armen, geistig höher stehenden Weibes in der Ehe mit einem rohen Manne schildert, ihren Kampf und schließlichen Untergang. Illustriert ist dieser Roman mit prächtigen Federzeichnungen von F. Sjöken, die zu den besten zählen, welche bisher in den „**Freien Stunden**“ erschienen sind. Ferner die feinsten Skizzen „**Armeeseelen-Geschichten**“ II und III.

Wir bitten unsere Leser, dieser wirklich guten Romanbibliothek für ihre Frauen und Kinder in ihrer Familie eine Stätte zu bereiten an Stelle der oft so wertlosen bürgerlichen Unterhaltungsliteratur, die durchgängig theurer und schlechter ist als „**In Freien Stunden**“.

Neue Abonnenten können jederzeit anreden. Jeder Kolporteur, jeder Buchhändler (auch die Post)

zum Vierteljahrspreis von Mk. 1,20, Postzeitungs-katalog Nr. 3777) nimmt Bestellungen auf diese 10 Pf.-Hefte an. Man versuche es wenigstens mit einem Probe-Abonnement auf „**In Freien Stunden**“.

Den Parteigenossen, die in Fabriken und Werkstätten Abonnenten sammeln wollen, sendet die Verlagsbuchhandlung auf Verlangen Sammelmaterial gratis und franko.

— Aus dem „**Süddeutschen Postillon**“.

Kochrezepte für Diensthotenkost. Im Briefkasten der Frauenzeitung „Für's Haus“ fragt eine Wirtschafterin an, in welcher Weise Suppen von Wurstschalen bereitet werden? Eine Dame der höheren Stände habe ihr erzählt, daß sie solche Suppen für ihre Diensthoten bereite. — Wir sind in der glücklichen Lage, der Anfragerin das gewünschte Kochrezept zu übermitteln.

Man nimmt eine derbe Hand voll Wurstschalen aller Sorten, schüttet sie in den Waschkessel und gießt Wasser darauf. (Wenn noch altes Scheuerwasser vorhanden ist, benützt man dieses dazu.) Darauf thut man eine Messer Spitze voll Salz hinzu und läßt das Ganze tüchtig kochen. Sind die Diensthoten in der Kost verwöhnt, so wiege man die gekochten Wurstschalen erst etwas klein; andernfalls kann man sie auch ganz lassen. Einige hineingebröckelte Brodrinden, die die Kinder liegen gelassen haben oder der Hund nicht fressen wollte, mögen die Suppe vervollständigen.

Desgleichen lassen sich die vom Mittagmahl der Herrschaft übrig bleibenden Knochen noch recht gut für die Diensthoten verwenden. Man sammelt die Knochen, bis man etwa einen Zentner beisammen hat, und läßt sie dann in der Knochenmühle mahlen. Dieses Knochenmehl läßt sich nicht nur zu Suppen verwenden, sondern auch ganz vorzüglich zum Baden. Man schüttet es in einen Kiesel, thut eine Hand voll Stiefelschmiere oder Klauenfett dazu und läßt das Ganze hübsch braun werden. Wer einmal davon gegessen hat, verlangt gar nichts anderes mehr.

Ebenso lassen sich alte Stiefelsohlen und sonstige Lederreste vorzüglich ausnützen. Man kocht das Zeug so lange, bis es weich und gallertartig wird. Dann thut man etwas Salz und Pfeffer dazu und schneidet das Ganze in Würfel. Doch empfiehlt es sich, erst die etwaigen Stiefelsohlen, Knöpfe und Nägel herauszunehmen, nicht wegen der Diensthoten, sondern damit die Messer nicht schartig werden.

Schließlich seien Herrschaften, die eigene Pferde halten, noch auf die Nugharmachung des Pferdeabügers verwiesen. Man nimmt die Kopfpfäße möglichst frisch und brüht sie in kochendem Wasser; auf jeden Apfel etwa einen Liter. Nachdem man das Wasser 5 Minuten hat ziehen lassen, gießt man es ab und hat nun ein theerartiges, höchst aromatisches Getränk, das bei dem Genuß den theuren Kaffee vollständig ersetzt.

Wir haben uns auch bemüht, ein Rezept zur Verwendung geplatzter Pneumatikreifen, alter Gummischuhe und sonstiger Gummiartikel zu finden, doch ist uns dies bis jetzt leider noch nicht gelungen, dagegen werden wir demnächst über die Verwendung von Heringsköpfen, Pöcklingschalen u. eingehender berichten.

Adressen-Nachtrag.

- Arzberg. Vors.: Joh. Hofmann, wohnt Wilhelmstraße 99.
- Hirschberg. Kass.: Herm. Friebe, Schmiedeberg, Liebaustr. 32. Revis.: Herm. Lauterbach, Schmiedeberg, Liebaustr. 41.
- Königszell. Vors.: Karl Seewald, Handelsmann. Kassierer und Schriftf.: August Gabel, Handelsmann. Revis.: Aug. Bartisch, Rapseldreher, Stanowitz.
- Schadewitz. Vertrauensmann: Herm. Stiebler, Dreher, Vielau 95 b.

Storbekannt.

Hüttensteinach. Gottlieb Werner, Porzellanarbeiter, geb. am 27. August 1852 in Unterpörlitz bei Jmenau, gest. am 13. Mai 1900 an Lungenschwindsucht.

Kahla. Franz Otto, Müller, geboren am 7. Januar 1864, gest. am 16. Mai 1900 an Kehlkopfschwindsucht. Kranz 14 Wochen. Mitglied des Verbandes.

Esze ihren Andern.

Versammlungskalender.

- Berlin. Vorstandssitzung **Dienstag**, 29. Mai, Abends präzis 8 Uhr im Gewerkschaftshaus (Bureau).
- Arzberg. Sonnabend, 2. Juni, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
- Kranzfurt (Ober). Sonnabend, den 2. Juni, Abends 8 Uhr in der „**Adamschen Bleichwelle**“.
- Gräfenhain. Sonntag, 27. Mai, Nachmittags 6 Uhr im Vereinslokal.

- Gräfenhain. Sonnabend, 2. Juni, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.
- Gräfenhain. Sonnabend, den 26. Mai im „**Schlittenhaus**“. Beitragszahlen. Bibliothekbücher abliefern.
- Pforzheim. Mittwoch, 30. Mai, Abends 7 Uhr im „**goldenen Löwen**“. Wichtige Tagesordnung.
- Selb. Sonnabend, 26. Mai, Abends 8 Uhr im „**Ludwigstaler**“.
- Tambach. Sonnabend, 26. Mai, Abends 8 1/2 Uhr im Logirhaus Dietharz. Wichtige Tagesordnung.
- Unterpörlitz. Sonnabend, 26. Mai im Vereinslokal.
- Kordamm. Sonnabend, 26. Mai, Abends 6 1/2 Uhr im Vereinslokal. Beiträge werden nur in der Versammlung entgegen genommen!
- Weißwasser. Sonnabend, den 2. Juni im Vereinslokal.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w.

werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.



Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtilm, Thür.

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen. Reelle und pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte. Aeltest. Geschäft dieser Art.

16. Agitationsbezirk.

Ausflug zur „**Zulsenburg**“ am 2. Pfingst-eritag, Sammelpunkt Vormittags 9 Uhr auf der „**Rönnshöh**“ bei Wunsiedel.

Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Auch der 16. Agitationsbezirk ist hierzu freundlichst eingeladen.

Die Agitationskommission.

Gemeinschaftlicher Ausflug

nach dem **Jahresdammershammer**. Die Verbands-genossen mit ihren Angehörigen von Wallendorf, Gräfenhain und Probstzella sind hierzu freundlichst eingeladen. Zusammenkunft am Bahnhof Probstzella.

Wald-Fest

Unterpörlitz. Am 1. Pfingstfesttag findet unser diesjähriges **Stiftungsfest**, bestehend in Wald-Fest statt. Zusammenkunft punkt 2 Uhr im Vereinslokal. Abmarsch mit Musik nach dem Gehage, daselbst Concert. Sämtliche Mitglieder mit Familie sowie Freunde und Gönner werden hiermit eingeladen.

Abend-Unterhaltung

im Vereinslokal „**Zentralhalle**“. Bei günstiger Witterung im Garten. Um vollständige Beteiligungs erucht.

Malerei

(Verbandsmitglieder) finden sofort dauernde Beschäftigung. **Erstarrter Emaillewerk**, Ivergelassen. Offerten an P. Schwachschabel.

Suche einen **Glasmaler für Holzglas**. Bewerber auch zur rändern können. **Friedrich Wallyg**, Dortmund, Rheinischestr. 176.

Haltet jeden Zuzug fern!

Dieser Satz hat schon diverse Male das Delikt zu einer Anklage abgegeben und die richterlichen Entscheidungen waren nicht immer gleichlautend. Mancher Redakteur mußte diesen Satz mit Strafe büßen, mancher wurde freigesprochen und zu den Letzteren gehören nun erfreulicher Weise auch wir.

Bei dem Interesse, welches nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch andere Gewerkschafts-Redakteure an solchen Urtheilen haben werden, lassen wir diese im Wortlaut folgen.

Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen den Redakteur Richard Zahn, geb. am 20. Novbr. 1853 zu Königssee, evangelisch, wohnhaft zu Berlin, Bremer Straße 46, wegen Uebertretung des § 360 II Reichsstrafgesetzbuchs hat das königliche Schöffengericht zu Charlottenburg in der Sitzung vom 16. März 1899, an welcher Theil genommen haben: 1. Amtsrichter Dr. Friedmann als Vorsitzender, 2. Rentier Kober, Bankdirektor Mayer als Schöffen, Anwaltsvertreter Rierschneider als Beamter der Staatsanwaltschaft, Assistent Stäg als Gerichtsschreiber, wurde das Urtheil durch Verlesung der Formel und Mittheilung des wesentlichsten Inhalts der Entscheidungsgründe; in Erwägung, daß durch die Angabe des Angeklagten für erwiesen erachtet ist, daß der Angeklagte zu Charlottenburg am 9. Dezember 1898 als verantwortlicher Redakteur der periodisch erscheinenden Druckschrift „Die Ameise“ in Nr. 56 derselben einen den Streit der Dreher der Firma Mattschas in Frankfurt a. O. betreffenden Artikel veröffentlicht hat, welcher am Schluß die Aufforderung enthielt: „Porzellan- u. Arbeiter, es stehen die sämtlichen Dreher u. der Fabrik Mattschas, Frankfurt a. O. in Streit, waret die Solidarität, haltet jeden Zuzug fern“; in Erwägung jedoch, daß hierin die Verübung groben Unfugs nicht zu erblicken, weil durch das Abhalten der angerufenen Arbeiter von der Arbeitnahme in der Mattschas'schen Fabrik wohl auf deren Vetter ein Druck ausgeübt, nicht aber — mangels jeder Drohung oder sonstigen Ungehörigkeit — eine ungebührliche Störung oder Beunruhigung weiterer Berufs- oder Bevölkerungskreise, geschweige denn eine Gefährdung der Sicherheit des Handels- oder Verkehrs erzeugt wurde, in Erwägung, daß Angeklagter sich somit der Uebertretung des § 360, Nr. 2 Strafgesetzbuchs nicht schuldig gemacht hat und daher freizusprechen war, daß in Verbindung: Der Angeklagte ist der Uebertretung des § 360 II Reichsstrafgesetzbuchs nicht schuldig, deshalb freizusprechen und der Staatskasse sind die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. (gez.): Friedmann.

Angefertigt: Berlin, den 4. Mai 1899. Carlmann, Gerichtsschreiber des königl. Landgerichts II.

Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und begründete dieselbe wie folgt:

Die unterm 17. März 1899 angemeldete Berufung gegen das freisprechende Erkenntnis des hiesigen königlichen Schöffengerichts vom 16. März 1899 wird wie folgt begründet:

In Nr. 50 der Zeitung „Die Ameise“ vom 9. Dezember 1898, deren verantwortlicher Redakteur der Angeklagte, ist mit Hinsicht auf den Streit in der Fabrik von Mattschas zu Frankfurt a. O. die Aufforderung an alle Porzellanarbeiter gerichtet, jeden Zuzug nach obiger Fabrik fern zu halten. Diese Aufforderung ist nicht nur an die Mitglieder des Verbandes der Porzellanarbeiter gerichtet, sondern an alle Arbeitnehmer, denn diese Zeitung wird in fast allen Schankwirtschaften unentgeltlich öffentlich ausgelegt und ist daher einem jedem Porzellanarbeiter zugänglich gemacht. Auch ist in Folge dieses Artikels bei dem Inhaber obiger Fabrik eine Beunruhigung hervorgerufen, wie sich ja aus dem Schreiben des Mattschas vom 16. Dezember deutlich ergibt.

Es handelt sich hier zweifellos um Verübung groben Unfugs im Sinne des § 360, Nr. 11 R.-St.-G.-B. durch die Presse.

Es wird daher beantragt, das erste Erkenntnis aufzuheben und den Angeklagten mit der im Hauptverhandlungstermine vom 16. März 1899 beantragten Strafe von 20 Mk. bezw. 5 Tagen Haft zu belegen.

Eine beglaubigte Abschrift auch von der Berufungsanmeldung vom 17. März er. für den Angeklagten ist beigefügt. (gez.): R. Sler.

Das hierauf ergangene Urtheil des königl. Landgerichts II lautet wie folgt:

Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen den Redakteur Richard Zahn zu Berlin u. wegen Verübung groben Unfugs, hat, auf die von der Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil des königl. Schöffengerichts zu Charlottenburg vom 16. März 1899 eingelegte Berufung, die IV. Strafkammer des königlichen Landgerichts II zu Berlin in der Sitzung vom 17. Mai 1899, an welcher Theil genommen haben: 1. Landgerichtsrath Schulze als Vorsitzender, 2. Landgerichtsrath Neumann, 3. Gerichtsassessor Dr. Rauschendorf als Richter, Staatsanwalt Kehler als Beamter der Staatsanwaltschaft, Assistent Hartmann als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Die Berufung wird verworfen, die Kosten der Berufung instanz trägt die Staatskasse.

Gründe: Gegen das im Tenor bezeichnete Urtheil, durch welches der Angeklagte der Verübung groben Unfugs für nicht schuldig befunden und daher kostenlos freigesprochen ist, hat die Staatsanwaltschaft Berufung mit dem Antrage auf Bestrafung des Angeklagten eingelegt. Die Hauptverhandlung ergab Folgendes:

Der Angeklagte ist verantwortlicher Redakteur der vom Verbands der Porzellan- und verwandter Arbeiter herausgegebenen, zu Charlottenburg jeden Freitag periodisch erscheinenden Druckschrift „Die Ameise“. In Nr. 50 derselben vom 9. Dezember 1898 hat er einen den Streit der Dreher der Firma Mattschas in Frankfurt a. O. behandelnden Artikel, für den er als Verfasser die Verantwortlichkeit übernimmt, veröffentlicht, dessen hier zur Anklage stehender Schlusssatz folgendermaßen lautet:

„Porzellan- u. Arbeiter, es stehen die sämtlichen Dreher u. der Fabrik Mattschas, Frankfurt a. O. in Streit, waret die Solidarität, haltet jeden Zuzug fern!“

Hierin erblickt die Anklagebehörde den Thatbestand des § 360 II des Strafgesetzbuchs, weil diese Aufforderung sich nicht bloß an die Verbandsmittelglieder, sondern an alle Arbeitnehmer richtet, da die fragliche Zeitung in „fast allen“ Schankwirtschaften unentgeltlich öffentlich ausgelegt, daher jedem Porzellanarbeiter zugänglich sei; auch sei der Inhaber der genannten Fabrik durch den Artikel beunruhigt worden.

Dem war nicht beizutreten: Zwar kann es nach der stehenden Rechtsübung des Reichsgerichts (Band 25, S. 404; 27, S. 292) keinem Bedenken mehr unterliegen, daß an sich auch durch Pressezeugnisse großer Unfug verübt werden kann. Vorliegend sind aber weder die subjektiven noch die objektiven Thatbestandsmerkmale dieser Uebertretung vorhanden. Neuerung hat das Reichsgericht — unter ausdrücklicher Reprobation der daran abweichenden früheren Entscheidungen, Band 25, Seite 404 und Band 27, Seite 292 und im Anschluß an die Entscheidung Band 19, Seite 294 ff insbesondere 298 — diesen Begriff im Band 31, Seite 185 ff insbesondere 190, 192 ff dahin definiert, daß er voraussetzt, eine groß-ungehörliche Handlung, durch welche das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit unmittelbar belästigt oder gefährdet wird, und zwar dergestalt, daß in dieser Belästigung oder Gefährdung zugleich eine Verletzung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung kommt. Prüft man von diesem Standpunkte aus den Sachverhalt, so ergibt sich Folgendes:

Es fehlt zunächst der Nachweis, daß durch den Artikel eine Beunruhigung des Publikums überhaupt stattgefunden hat; nach den unwiderlegten Angaben des Angeklagten wird die „Ameise“ nur von den Verbandsgenossen gelesen, die sie unentgeltlich erhalten, außerdem hat sie eine kleine Zahl Postabonnenten. Daß sie in Schankwirtschaften ausliegt, hat der Angeklagte als ihm unbekannt bestritten. Die noch weiter gehende Behauptung der Berufungsbeurteilung ist beweislos. Der Antrag der Staatsanwaltschaft, dem Angeklagten aufzugeben, seine Bücher vorzulegen behufs Feststellung der Abonnenten, ist als unerheblich abgelehnt worden. (§ 244, Abs. 2 Strafprozeßordnung). Denn selbst, wenn dadurch erwiesen würde, daß Nichtverbandsmitglieder oder etwa Arbeitgeber auf das Blatt abonniert sind, und wenn man weitergehend sogar unterstellen wollte, daß in ihnen durch den Inhalt des Artikels beunruhigende Gefühle wachgerufen seien — wofür bislang nicht der geringste thatsächliche Anhalt vorliegt, — so wäre eine solche Belästigung dieser Personen für sich allein noch nicht geeignet, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu verletzen. Denn derartige Empfindungen betreffen nur den inneren Gemüthszustand der Betreffenden und lassen sich auch nicht als eine unmittelbare Wirkung der Veröffentlichung auffassen; sie erscheinen vielmehr erst mittelbar veranlaßt durch die in Folge des Lesens hervorgerufene Stimmung.

Monopol und Gütervertheilung.

„Alle Menschen Eigenthümer und keiner Herr über den Andern — mir scheint das die wahrhaftige, politische Oekonomie.“ — Victor Hugo.

Die Natur hat zwar die Kräfte unter den Menschen verschieden vertheilt, Allen aber hat sie in gleicher Weise die Kräfte, deren Eigenthümer Niemand ist, die Naturkräfte, zur Verfügung gestellt. Noch heute athmen wir die Luft, und trinken das Wasser, wo wir es finden und Niemand macht es uns streitig; vorausgesetzt, daß wir uns nicht auf einer Privatbesitzung befinden.

Denn, der Privatbesitzer kann uns jederzeit den Zutritt zu den Quellen der Natur verweigern. — Die Sage erzählt uns von einem Araberhändler, welcher die Wüste unsicher machte, indem er die Karawanen plünderte, wenn sie ihre Kameele an der Quelle von Siwa tranken. Die Reisenden erhoben Widerspruch gegen diesen ungesetzlichen Raub, der Sultan verbot dem Araber das Rauben, schaltete ihm aber die Nase mit sammt der Quelle, als Privat-Eigenthum. Die Reisenden wurden jetzt nicht mehr beraubt, aber sie mußten das Wasser theuer bezahlen, denn die Quelle war ihnen

nicht zugänglich ohne die Erlaubnis des Zuzugs, sie war sein Monopol.

Mit hereditären Worten schilderte einst Rousseau die Verantwortlichkeit des Privatbesitzes, wo er sagt: „Der Erste, der sich einen Platz umfriedigt und sich einfallen ließ zu sagen: „Dies ist mein!“ — und Leute fand, die einträchtig genug waren, ihm dies zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft.“

Wie viel Verbrechen, Kriege und Morde, wie viel Glend und Grel hat der nicht dem Menschengeschlechte erspart, der die Pfähle ausgerissen, oder die Gräben zugeschüttet, und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: „Hütet Euch, diesem Betrüger zu glauben — Ihr seid verloren, wenn Ihr vergeßt, daß die Früchte Allen gehören und die Erde Niemanden!“

„Die Welt ist ein Tisch — so ruft Morelly — auf den für alle Gäste ein hinreichendes Gedeck gelegt ist.“ — „Die Einrichtung des Privatbesitzes aber erzeugt in dem Menschen die unersättliche Gahier, die Wurzel alles Übels. Ein Jeder kämpft mit allen Mitteln, guten und schlechten, soviel wie er kann in Besitz zu nehmen. So entsteht aus der „Gier des Ueberflusses“ und der „Furcht vor Mangel“ ein grausamer Kampf Aller gegen Alle.“ (Meyler).

Die Gleichheit der Bedürfnisse und Gefühle führt die Menschen nothwendig zu gemeinsamer Arbeit. — Aber, kann etwas unnatürlicher sein, d. h. der gesunden Vernunft, den Thatsachen und Gelesen der Natur widerstrebender, als daß diejenigen, die am wenigsten arbeiten, am meisten von den Dingen erhalten, welche die Arbeit hervorbringt? — „Es hat von jeher Reiche und Arme gegeben“ so hört man sagen — aber, muß es denn Millionäre und Bettler geben? — Es ist eine Civilisation möglich, in welcher auch dem Aermsten das Behagen und die Genüsse zu Theil werden können, daraus sich jetzt der Reiche erfreut, es fehlt nur die soziale Gerechtigkeit, um die Mittel dem Zweck anzupassen. —

Die Quelle alles Glends in unsern heuligen Kulturländern ist unstrittig unsere heutige moderne Wirtschaftsordnung, welche mit der Volkswohlfahrt durchaus nichts gemein hat. — Verhärtet wird dieses Glend, welches sich auf Leben und Gesundheit Tausender erstreckt, durch die Furcht — der Furcht vor Glend und Mangel. Die Natur kennt zwar keinen Mangel, sie hat überall Ueberfluß geschaffen, aber durch die mangelhafte Vertheilung der natürlichen Güter entsteht der willkürliche Mangel, trotz aller Ueberflusses. Überall, wo die Vertheilung vernunftgemäß geregelt ist, wird jeder genug

Thatsächlich fest steht aber nur, daß der Fabrikant Matichas sich beschwert gefühlt und das Einschreiten der Behörde veranlaßt hat. Die Befristung einer Einzelperson genügt aber zur Annahme des § 360 II. Strafgesetzbuchs nicht. Daß die Verbandsmitglieder durch Kenntnisaufnahme des Artikels, der ja nur ihre Interessen wahren soll, selbstverständlich nicht beunruhigt sind, bedarf keiner Ausführung. Eine weitere Verbreitung ist aber nicht erwiesen. Wenn das Reichsgericht im Band 27, Seite 292 ff. die öffentliche durch die Presse bewirkte Aufforderung zum Boykott als groben Unfug bestraft hat, so ist die extensive Begründung dieses Urtheils gegenüber der in Band 31, Seite 190 ff. enthaltenen nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Endlich ist es zum mindesten zweifelhaft, ob gerade der inkriminierte Theil des Artikels als grob-ungehörlich anzusehen ist, wie es auch nach dem Vorausgeführten dahin gestellt bleiben kann, ob der Angeklagte im Hinblick auf die im § 152 der Gewerbeordnung gewährte Koalitionsfreiheit mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehandelt hat.

Die Berufung war somit unter Aufrechterhaltung der Vorentscheidung zu verwerfen.

Die Kosten des sonach erfolglosen Rechtsmittels treffen die Staatskasse nach § 505 der Strafprozeßordnung.

(gez.): Schulze. Neumann. Dr. Raubendorf.

Für gegen dieses Urtheil wurde seitens der Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Revision beim Kammergericht eingelegt. Nach längerer Zeit haben wir nun erfahren, daß diese Revision zurückgezogen worden und dadurch das freisprechende Urtheil rechtskräftig geworden ist. — Wir können nun den Zusatz „Haltet den Zug fern“ anwenden, doch glauben wir, wenn das wirklich einmal auch nicht geschieht, so müssen unsere Mitglieder trotzdem immer aus den jeweiligen Nothizen wissen, daß sie auch ohne speziellen Hinweis von Orten wegzubleiben haben, wo Differenzen bestehen, wo gestreift wird.

In Hinsicht darauf, daß im Kreise Waldenburg auch gewerkschaftlich organisierte Porzellanarbeiter in Frage kommen, halten wir in der „Waise“ nachstehenden Bericht vollständig am Platze:

Zur Wahlbewegung im Waldenburger Kreise.

(Gewerkschafts-Versammlung in Ober-Hermisdorf.)

Noch nicht 14 Tage sind es her, daß unser Abgeordneter Sachse, um einem Beschlusse des Reichstages zuvorzukommen, sein Mandat

haben; Niemand Mangel leiden. Wo aber die Güter auf der einen Seite zu Bergen angehäuft sind, da ist es kein Wunder, wenn sie auf der andern Seite fehlen; der Ueberfluß des Einen bedingt den Mangel des Andern. Die Folgen, welche aus einer ungleichen Gütervertheilung entstehen, müssen in einer Welt, in der das Leben selbst und jeder Lebenszweck eines Menschen von seinem Antheil an diesen Gütern unzertrennlich ist, für den Einzelnen verhängnisvoll werden, auf die Mengen wirkt eine derartige ungleiche Gütervertheilung demoralisierend.

Unschwer lassen sich die Folgen einer Entwicklung, welche Millionen von allen Genüssen des Lebens ausschließt, erkennen. — Bogabundage, Trunksucht, Prostitution und Verbrechen aller Art reihen sich in den mannigfaltigsten Verbindungen an einander und zeitigen ein ganzes Meer von physischen und moralischen Krankheiten. Wie in Europa, so sehen jetzt in Amerika die Landarbeiter und die Farmer in die Fabrikstädte, um nicht zu verhungern, aber nicht ohne wegen Mangel an Land. — Das Land ist auch ergiebig, aber der Ertrag ist entweder nicht ergiebig genug, weil die Preise gedrückt sind oder aber der Preis des Landes ist durch die Spekulation mit Land zu unerschwinglicher Höhe gestiegen, die Farmer sind hierdurch ver schuldet und haben im Verhältnis zu ihrem Arbeitsvertrage hohe

niedergelegt hat, und schon hat es den Anschein als ob wir uns in Waldenburg inmitten des Wahlkampfes befinden. Freilich, die bürgerlichen Parteien rühren sich noch nicht, kaum, daß eine kurze Mittheilung über die nothwendig gewordene Neuwahl, über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten durch ihre Blätter gegangen ist. Aber die Sozialdemokratie ist auf dem Posten, sie hält Versammlungen über Versammlungen ab, sie läßt hervorragende Redner von außerhalb kommen, und die Massen sind beinahe eifriger, wie die Führer. Sie warten mit Spannung auf jede Gelegenheit, sich wieder betheiligen zu können und Belehrung zu erhalten, immer größer wird der Zubrang zu den Versammlungen, bald werden die Säle in Waldenburg und Umgegend nicht mehr ausreichen.

Als vor Wochen Gen. Schütz aus Breslau zum ersten Male in dem neuen Lokal in Reußendorf in einer Gewerkschafts-Versammlung sprach, hatte er nur etwa 150 Zuhörer vor sich versammelt. Gen. Kühn aus Langenbielau konnte sich 14 Tage später schon rühmen, einen ziemlich gefüllten Saal zu haben. Am 1. Mai, wo unser Reichstagsabgeordneter Sachse uns die Bedeutung der Waisfeier auseinandersetzte, hätte im Reußendorfer Saale trotz der Abgelegenheit des Versammlungsortes kein Apfel zur Erde fallen können, und nach einem glänzend verlaufenen und von etwa 3000 Personen besuchten Waisfeier am Sonntag zuvor, hatte am letzten Sonntag die Versammlung in Ober-Hermisdorf, in der Gen. Feldmann aus Langenbielau sprach, wieder 800 bis 900 Besucher zu verzeichnen. Wenn mit der Anwesenheit unseres Reichstagsabgeordneten Sachse im Wahlkreise der Wahlkampf so recht eigentlich seinen Anfang genommen hat, so konnte sich zu seiner Fortsetzung Gen. Feldmann kein besseres Thema zu seinem Vortrag wählen, als die Bedeutung der Reichstagswahl für die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben, so führte Redner aus, die Förderung des Arbeiterwohles zum Zwecke, sie wollen durch die Organisation die Arbeiterschaft zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor gegenüber dem Unternehmertum herausbilden. Aber die Hebung der anderen Volks-

Grundrenten zu zahlen. — Die Landarbeiter finden nun in den Städten durch Protektion oder sonst verwandtschaftliche Beziehungen Beschäftigung, welche ihnen vorläufig einen höheren Arbeitsertrag sichert als auf dem Lande; aber sie verdrängen wiederum andere Arbeiter aus ihren Stellungen, machen diese existenzlos und drücken in Folge dessen auf die Löhne. Dieser Druck auf die Löhne ist nun dem Unternehmer vorläufig sehr angenehm, aber diese kurzfristigen Egoisten vergessen, daß sie für ihre Erzeugnisse Käufer brauchen und da ein Existenzloser nichts weniger als kaufkräftig ist und da viele tausend Existenzloser noch weniger kaufkräftig sind, so füllen sich ihre Lager und ihre Waare findet unter der Konkurrenz ebenfalls wiederum im Ueberschuß oder müssen ihre Fabriken schließen. — Dies sind die jämmerlichen Folgen der Konkurrenz und des Kapitalismus einzelner Individuen und Spekulanten.

Nach jämmerlicher gestaltet sich die wirtschaftliche Lage, wo, wie in Amerika zur Zeit, die großen kapitalstarken Fabrikanten sich betheiligen zu wollen und Spekulanten, wo sie zu ihrem Wohlstand gelangen die kleinen Arbeiter verdrängen und die Löhne wiederum viele tausende von Arbeitern produzieren machen. — Wie weit solche Manipulationen verheerend sind und wie lange die heiligsten Interessen der Bevölkerung nicht

lassen ist daneben noch auf einem anderen Wege möglich, dem der Gesetzgebung und der Ausübung des Wahlrechtes, und hier ist zu beobachten, was die Arbeiter von den einzelnen politischen Parteien zu erwarten haben. In den verschiedenen bürgerlichen Parteien sind immer gewisse Interessengruppen vertreten, die der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft. Die Parteien suchen nach Möglichkeit ihre eigenen Interessen zu fördern und schließen Bündnisse und Kartelle, um leichter zum Ziele zu kommen. Aber wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt, dann bekämpfen sie dieselben aufs äußerste, dann will Niemand auch nur im geringsten die Berechtigung dieser Interessen anerkennen. Was bei den Angehörigen der oberen Gesellschaftsklassen, wenn sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen, als ehrenwerthes Vorwärtstreben angesehen wird, gilt bei den Arbeitern als Unzufriedenheit. Im Gegensatz zu den übrigen Staatsbürgern sollen die Arbeiter sich mit dem begnügen, was sie besitzen und was man ihnen in Gnade zuweisen will. Von allen politischen Parteien ist es aber die Sozialdemokratie allein, welche bisher bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder die Interessen der Arbeiter vertreten hat, bei der Arbeiterschutzesgesetzgebung, aber auch bei den Beratungen über Zoll- und Steuererlasse, über Handelsverträge, über die Erhaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Freiheit. Die Arbeiter haben deshalb die Pflicht, in dem Wahlkampf für die Sozialdemokratie einzutreten.

Was beschäftigt zur Zeit beinahe einzig und allein den Ideenkreis der bürgerlichen Parteien? — Die Vermehrung und Ausgestaltung unserer Flotte. Aber unser Handel ist groß geworden ohne die Kriegsschiffe, er hat den französischen Handel überflügelt, obwohl Frankreich zur See immer stärker gewesen ist, wie wir; und wenn wir auch noch so viele Schiffe bauen, England kann uns jederzeit mit Leichtigkeit überflügeln. Unsere Handelsflotte läßt sich auf offenem Meere doch nicht schützen, selbst wenn jedem Rauffahrtsschiff zur Deckung ein Kriegsschiff beigegeben würde, und zum Schutze unserer Küsten brauchen wir die Flotte nicht. Das haben Autoritäten,

Tyrannei des Großkapitals stillschweigend über sich ergehen lassen werden, das hängt allein von dem Verständnis dieser Massen für gemeinnützige Volkswirtschaft auf sozialer Grundlage ab. — So lange man in dem Glauben befangen ist, daß ein Jeder mit seinem Gelde machen kann, was ihm beliebt, weil es sein Eigenthum ist, solange wird auch diese abschauliche Großkapitalwirtschaft andauern. Die Gegner aber des Sozialismus, sie mögen sich dies merken. Infolge der Monopolisirung der Erde und ihrer Hülfquellen bleibt zuletzt kein fußbreit Land, irgend eine Möglichkeit mehr, das Leben zu führen, außer durch die Bergänkung der Monopolisten. — Eine jede Erfindung, eine jede Entdeckung, ja fast jede gesellschaftliche Einrichtung wird von den Monopolisten in ihrem egoistischen Interesse ausgebeutet und die große Menge geht leer aus. Wo nur in solcher Weise der Wohlstand des Einzelnen gefördert wird, wo nur ihn durch das Vorhandensein der Naturkräfte Nutzen erwacht, wo nur durch Einzelnen durch das Zusammenwirken der Menge Wohlstand entsteht, kann von einer gerechten Gütervertheilung keine Rede sein.

Der Zweck der Gesellschaftslehre ist nicht nur der Schutz des Einzelnen, sondern der Schutz der Masse, der Schutz des Individuums und der Gesellschaft selbst, waren darum auch die Grundzüge einer jeden Gesellschafts-

Moltke, Caprivi, Bismarck gedauert. Moltke würde es im Kriege 1870/71 sogar lieb gewesen sein, wenn die Franzosen in Deutschland die Landung versucht hätten.

Wenn aber gesagt wird, die Arbeiter könnten froh sein, durch den Bau der Flotte zu Arbeit und Verdienst zu kommen, so wollen wir nicht unproduktive Arbeit verrichten, wie wir nicht Berge abzutragen haben oder künstliche Seen zu graben. Ein Kriegsschiff kostet heute zu Tage 25 bis 28 Millionen Mark und wird durch einen wohlgezielten Schuß in den Grund gehöhrt oder auch schon früher bei der Verbesserung unserer Geschütze in fünf oder sechs Jahren zum alten Eisen geworfen. Der Flottenbau kommt nur den Großindustriellen, den Herren Krupp und Stumm, zu Gute, die bei ihm Millionen verdienen. Die Arbeiter wollen das Geld, das die Flotte kostet, lieber in produktiverer, nutzenbringender Weise angelegt wissen für Schulbauten, Krankenhäuser, Lungenheilstätten, Verbesserung der Rechtspflege etc. Und die Arbeiter wollen um so weniger etwas von der Flotte wissen, als die Kosten für dieselbe zum größten Theil in Form von indirekten Steuern auf die nothwendigsten Verbrauchsartikel wieder auf ihre Schultern gelegt werden sollen. Schon heute entfallen auf die Familie etwa 85 Mt. indirekte Steuern. Wird die Flottenvorlage Gesetz, so können aus ihnen schon mehr als 100 Mt. werden, und die heabsichtigte Erhöhung des Getreidezolles von 3 Mt. 50 Pf. auf 6 Mt. bringt uns wieder Mehrlasten von etwa 30 Mt. für die Familie. Das Zentrum will seine Abhängigkeit bei der Flottenvorlage von der Erhöhung der Getreidezölle abhängig machen, und, um nicht durch diese Stellungnahme an Popularität zu verlieren, bringt es in Vorschlag, die Mehreinnahmen aus den Zöllen zum Wohle der arbeitenden Klassen zu verwenden. Aber was nützt der Arbeiterschaft, wenn es einen Fingerhut voll erhält, nachdem man ihr einen Scheffel voll genommen hat?

Nun sagt man zwar immer, die Arbeiter bräuchten sich nicht um Politik zu kümmern, sie zahlten ja keine Steuern. Wieviel die Arbeiter in Wirklichkeit an Steuern zahlen, ist ja schon oben ausgesprochen. Sie zahlen im Verhältnis mehr Steuern wie die besitzenden Klassen. Sie zahlen für das Kilogramm Salz

12 Pf. Steuern, für Brod 4 Pf., Fleisch 15 Pf., Speck 20 Pf., Reis 4 Pf., Zucker 20 Pf., Kaffee 40 Pf., für den Liter Branntwein 28 Pf., Petroleum 6 Pf., für jede Zigarre im Durchschnitt 1 Pf. Steuer resp. Zoll.

Die fremden Arbeiter, die durch die niedrigen Löhne, mit denen sie zufrieden sind, unsern deutschen Arbeitern Konkurrenz machen, will man nach Deutschland hineinlassen, aber zu gleicher Zeit will man die Grenzen vollständig gegen jede Fleischzufuhr absperrern. Läßt man die billigen Arbeiter hinein, dann sollte man auch zugleich doch mindestens das billige Fleisch hineinlassen.

Der Sunmypsopfen und die Flasche werden durch Zoll vertheuert, vermittelt derer der Säugling seine Nahrung erhält, ebenso wie das Holz vom Sarge, in dem wir nach der Beendigung des Erdenlebens auf den Kirchhof hinausgetragen werden. Die Arbeiter haben ein hohes Interesse daran, daß diese indirekten Steuern, namentlich die Lebensmittelzölle, die ihnen das Leben so vertheuern, beseitigt und durch eine progressive Einkommensteuer ersetzt werden. Die Arbeiter müssen bestrebt sein, die Lasten die man ihnen allmählich aufgebürdet hat, wieder von sich abzurücken. In keinem Falle können sie damit einverstanden sein, daß der Regierung für den Flottenbau im Voraus auf 16 Jahre die Deckungsmittel bewilligt werden. Hat der Reichstag sein einziges Recht, das Selbstbewilligungsrecht, aus der Hand gegeben, so wird sein Ansehen durchaus nicht gewinnen, die Behandlung die man ihm zu Theil werden läßt, keine Besserung erfahren.

Was speziell die Neuwahl im Waldburger Kreise anbelangt, so kommen von den politischen Parteien für uns in Frage die Freisinnige Volkspartei, die Koalition der Freikonservativen, Nationalliberalen und Zentrumsleute und die Sozialdemokratie.

Die Freisinnige Volkspartei steht den Arbeitern am nächsten. In sonstigen wirtschaftlichen Fragen geht noch die Sozialdemokratie mit ihr zumeist Hand in Hand. Aber handelt es sich um die eigentlichen Interessen der Arbeiter, so ist die Volkspartei als die Vertreterin des Handels und der Industrie nicht zu haben. Das hat sich am besten erst kürzlich bei der Wählung der Unfallversicherungs-

form, soweit die Geschichte zurückreicht, auch unsere heutigen bürgerlichen Volkswirthe betonen diesen Grundsatz, jedoch in verkehrter Weise, indem sie die Gleichberechtigung aller aus dem Spiel lassen; indem sie gewisse Monopole anerkennen. — Die ursprüngliche Gesellschaftsform war der Kommunismus, man sammelte Vorräthe zusammen und lebte zusammen von diesen Vorräthen und der hohen Werth dieser durch gemeinsame Arbeit erzeugten Naturprodukte, ließ nie den Gedanken aufkommen, daß diese Produkte etwas anderes als Gemeingut sein könnten. — Diese ersten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppierungen der Menschen trugen allenthalben den Stempel der Gleichheit, der Gleichberechtigung an sich. — Darum sagt Viktor Hugo: „Alle Menschen sind Brüder und Schwestern.“ — Diese Gleichberechtigung muß freilich als ein Schreckensgespenst in den Köpfen der heutigen bürgerlichen Nationalökonomien, welche sich eine Gesellschaftsform vor sich stellen, die den Monopolverhältnissen den Vorzug vor dem Kommunismus und seinen Chancen und dem gegenseitigen Gesellschafts-

zustande mit allen seinen Leiden und Ungerechtigkeiten, wenn die Institution des Privateigentums es als notwendig: Folge mit sich brachte, daß das Ergebnis der Arbeit so sich vertheilt wie wir es jetzt sehen, fast im umgekehrten Verhältnis zur Arbeit, — daß die größten Anteile denjenigen zufallen, welche überhaupt nicht gearbeitet haben, die nächst größten denen, deren Arbeit beinahe nur nominal ist und so weiter hinunter, indem die Vergütung in gleichem Verhältnis zusammen schrumpft, wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste Arbeit nicht mit Gewißheit darauf rechnen kann, selbst nur den nothwendigen Lebensbedarf zu erwerben; wenn, sagen wir, die Allerklassse wäre: das oberste Kommunismus. — So würden alle Bedenken gegen den Kommunismus, große wie kleine, nur wie Speer in der Wageschale sein.“ — Es giebt keinen vernünftigen Grund das Bestehen der Klassen nach einer gerechten Gütervertheilung zu Gunsten solcher Monopollen zu unterstützen. — Die Menschen haben von Natur denselben Werth und die gleichen Rechte, daraus folgt, daß kein System der Gütervertheilung als gerechtfertigt hat, welches diese Gleichheit nicht berücksichtigt und bezweckt. —

gelezt gezeigt. Die Arbeiter haben einen Kandidaten, der nach besten Kräften ihre Lage zu bessern strebt, und diesen werden sie natürlich einem Anhänger der Freisinnigen Volkspartei vorziehen.

Der Kandidat der verbündeten Parteien ist der fürstliche Generaldirektor Herr Dr. Ritter. Was wir von ihm zu erwarten haben, können wir am besten ermessen, wenn wir uns erinnern, daß König Stumm Führer der freikonservativen Partei ist. Der freikonservative König Stumm vertritt den Standpunkt, daß im Bereiche seiner Schlote und Efen jedes Liebespärchen die Heirathserlaubnis von ihm erbitten müßte, wie er jedem gewerkschaftlich organisirten Arbeiter den Stahl vor die Thür legt.

Nein, solche Vertreter können die Arbeiter nicht gebrauchen. Sie haben den Vorzug gehabt, einen Abgeordneten zu besitzen, der aus ihrer Mitte hervorgegangen, das, was den Arbeitern noth thut, zu beurtheilen versteht, der sich stets ihrer Interessen mit Eifer und Feuer angenommen hat und für die Hebung des Bergarbeiterstandes im Reichstuge mit einer Sachkenntniß eingetreten ist, wie das bis dahin noch niemals geschehen war. Haben wir einen solchen Mann zur Verfügung, so würden wir als Arbeiter unklug handeln, wenn wir einem Anderen, und nicht ihm, unsere Stimme gäben. Niemand braucht sich heute zu fürchten, von seinem Wahlrecht den Gebrauch zu machen, der ihm der beste scheint. Die Grubenverwaltungen haben gerade jetzt Mangel an Arbeitern, sie werden auch in Zukunft gerne Sozialdemokraten beschäftigen, so viele sich ihnen nur anbieten. Der Sieg wird nicht so schwer sein, als viele es sich denken. Zwar sind im Laufe der Jahre Hunderte und wieder Hunderte von Genossen nach Wilsfale gegangen; aber an ihre Stelle sind jugendliche Kämpfer in doppelter und dreifacher Zahl herangewachsen, und dann ist das Solidaritätsgefühl auch unter den Massen im Wachsen begriffen. Das Einheitsgefühl unter der Arbeiterschaft ist die Hauptsache. Einigkeit macht stark, mit ihr schreitet man fort vom Kampf zum Sieg.

Nun endlich, Volk der Arbeit, zeige, daß es Dir ernst um Deine Rechte ist. Und jeder Haß und jede Zwietracht schweige, Damit Du stark und unbewingbar bist, Du kannst beseitigen nur Deinen Jammer, Schmieß' Du zusammen Dich zu einem Hammer.

Stürmischer, wiederholter Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zu Theil. Wenn die Stimmung in der Versammlung von Ober-Hermsdorf zugleich als Beleg für die Stimmung bei der Arbeiterschaft des Waldburger Kreises überhaupt gelten kann, dann ist die Wiederwahl Sachs's gesichert, dann brauchen die Gegner erst nicht einen eigenen Kandidaten aufzustellen. E. K.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.
— Die Goldschlägerindustrie leidet schon seit dem Jahre 1890 an einer starken Uebersättigung. Die Betriebe in Nürnberg und Umgebung haben daher am 27. April beschlossen, wegen des künftigen Geschäftsganges eine vierzehntägige Schließung der Werkhäfen vorzunehmen. Dieser Beschluß scheint nachträglich die Berechtigung der Forderung zu erweisen, für die die Goldschläger im letzten Jahre in Nürnberg in den Kohlenkampf eingetreten sind. Die Goldschlägererei in Nürnberg und in Schwandach ist für den Weltmarkt und für die Stellung der Arbeiter in ganz Deutschland maßgebend. Während in anderen deutschen Städten, wie in Dresden, Augsburg und Stuttgart höhere Löhne bezahlt werden,

mußte in Nürnberg eine Verbesserung erst auf dem Wege des Kampfes durchgeführt werden. Da die Arbeiter in hohem Maße durch die Ueberproduktion im Blattgold litten, forderten sie im vorigen Jahre nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der Gesundheit des Gesamtgewerbes eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden bei entsprechender Erhöhung des Stundenlohns. Vielfache Verhandlungen mit den Unternehmern waren ergebnislos, so daß die Gehilfen am 24. April 1899 ihre Kündigung einreichten. Die Unternehmer beantworteten diesen Schritt nach dem Jahresbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg mit der Sperrung aller Werkstätten nach Ablauf der Kündigungsfrist, so daß am 8. Mai das Goldschlägergewerbe in Nürnberg und Schwabach zum völligen Stillstand gekommen war. In 28 Betrieben setzten 537 Personen. Die Arbeitszeit wurde nach dem Streik dann auf 9 Stunden verkürzt und gleichzeitig eine erhebliche Lohnerhöhung bewilligt. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit wurde aber nicht bewilligt, obwohl die damals schon bestehende Ueberproduktion noch größere Dimensionen annahm und schon im Monat Januar d. J. die Arbeitszeit auf 6 Stunden am Tage herabgesetzt werden mußte, weil die Lager gefüllt waren und eine weitere Vergrößerung derselben zu einem Preisdruck geführt hätte. Für die gesteigerte Intensität der Arbeitskraft bei verkürzter Arbeitszeit war die Entwicklung des Goldschlägergewerbes im Jahre 1899 überaus beweiskräftig. Es wurden nach dem Streik bei der kürzeren Arbeitszeit innerhalb eines gleich begrenzten Zeitraums 400 000 Blatt Gold mehr produziert als vor dem Streik bei längerer Arbeitszeit. Dies beweist, daß für Fälle notwendiger Produktionsbeschränkung eine geringe Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht einmal genügt. Die Notwendigkeit, sämtliche Werkstätten auf 14 Tage zu schließen, wäre vermieden worden, wenn eine stärkere Verkürzung der Arbeitszeit den Wünschen der Arbeiter entsprechend vorgenommen worden wäre.

(Arbeitsmarkt).

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

Konn-Doppel-Dorf. In Anwesenheit von 40 Mitgliedern nahm die letzte Versammlung den Kassenbericht des 1. Quartals entgegen, und wurde dem Kassier Decharge erteilt. Zum Schriftführer wird Genosse Sacher gewählt. Bei Punkt Mitgliederabstimmung erfolgte eine längere und theils heftige Debatte. Es wurde an dem Verhalten der Mitglieder Kritik geübt, sie hätten ihre Arbeitgeber bestimmen sollen, entweder für Arbeit zu sorgen oder die Mitglieder zu kündigen, es wurde besonders hervorgehoben, daß wohl die Mitglieder den Rath hätten, den Verband für alles verantwortlich zu machen, desto mehr ließen sie es fehlen, dem Arbeitgeber gegenüber; hätten sie da energischer ihre Rechte vertreten, so wäre die heutige Abstimmung gar nicht nötig geworden. Es wurde aber auch anerkannt, daß die Mitglieder etwas erhalten sollten und so stellt sich die Zahlstelle auf den Standpunkt wie Altwasser. Aus diesem Grunde unterstützt die Zahlstelle den Antrag Altwasser, von den 15 pSt. die Hälfte an den Hauptkassier zu senden, daß es diesem möglich wird, die Mitglieder so viel wie möglich unterstützen zu können. Hierbei wurde betont, daß doch verschiedene Zahlstellen absolut nicht wissen, zu was die 15 pSt. alles da seien, dies beweise der Fall der Zahlstelle Ahlen, die nichts Besseres zu thun wußte, als ihre Kollegen, welche beim Militär sind, hiervon zu unterstützen. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde der Wunsch ausgesprochen, der Hauptvorstand möge die Zahlstellen dazu auffordern, von den 15 pSt. so viel wie möglich einzulassen, es sei dies zwar schon geschehen aber der nötige Druck fehle, resp. es wäre zu wenig dazu in der „Amesse“ unternommen worden. Nach Verlauf dieser Debatte wurde nun zur Abstimmung geschritten, und ergab folgendes Ergebnis zu Frage 1: 40 gegen; Frage 2: 2 für, 38 gegen; Frage 3: 1 für, 39 gegen. Unter Verschiedenem wird die Anschaffung eines neuen Kassenbuchs für notwendig erachtet und beim Vorstand beantragt werden. Dem Vertrauensmann werden für eine Reise nach Düsseldorf

9 Mk. Entschädigung zugesprochen. Zum Schluß stellen noch einige Genossen die Frage: Wie stellt sich der Verband zu den Mitgliedern, welche in einer Fabrik arbeiten, wo die kleine Sperre besteht, ob Kollegen, die dort bereits arbeiten und sich dann als Mitglieder aufnehmen lassen, diese, wenn sie gekündigt werden, Unterstützung erhalten oder nicht. Diese Frage wurde bejaht, zugleich aber der Wunsch ausgesprochen, dieserhalb bei dem Hauptvorstand anzufragen.

Girsberg. Die am 6. Mai stattgefundene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich zuerst mit dem Antrag Meßen; die nach einer lebhaften Debatte vollzogene Mitgliederabstimmung ergab, daß einstimmig für den Antrag Meßen eingetreten wurde. Des Weiteren wurde der Versammlung bekannt gegeben, daß der Kassier der Zahlstelle von der Firma Gebr. Pohl neuerdings gekündigt worden ist, nachdem erst kurz vorher die erste Kündigung von derselben Firma zurückgenommen worden war. Die Mitglieder sind durchweg der Meinung, daß es sich um Maßregelung wegen Verbandsangehörigkeit handelt und unterziehen die Handlungsweise der Firma der ihr zukommenden Kritik. Hieran schloß sich die notwendig gewordene Neuwahl eines Kassiers. Ferner lag der Versammlung auch die Karte des Vorstandes vor, nach welcher derselbe (laut Protokoll vom 16. März cr.) auf einen von der Zahlstelle gestellten Antrag, den Beschluß vom 12. Februar, betreffend die Enthebung unseres Vorsitzenden von seinem Posten, aufzuheben, der Zahlstelle herantreibt, daß der Vorstand bei seinem Beschluß verbleibt. Hierüber entspannt sich eine lebhafte Debatte, und sprechen sich die Mitglieder dahin aus, daß sie, trotz dieser Karte, entgegen der Ansicht des Vorstandes, nach wie vor der Ansicht sind, daß unserem Vorsitzenden durch den am 12. Februar gefassten Vorstandsbeschluß dennoch ein Unrecht und zwar ein ziemlich schweres zugefügt worden ist und bedauern es im Interesse der Zahlstelle, daß der Vorstand den Beschluß ausreicht erhalten will. Besonders mißbilligend sprechen sich die Mitglieder darüber aus, daß der Vorstand seinen diesbezüglichen Beschluß ohne jedes Wissen der hiesigen Mitglieder faßte und sind mit der Meinung, daß vorher die Mitglieder der Zahlstelle um ihr Urtheil hätten gefragt werden müssen, umso mehr als ja sonst bei jeder Sache die Mitglieder an die Zahlstelle verwiesen werden, so hätte auch das Mitglied 5945 mit seiner Beschwerde an dieselbe verwiesen werden sollen, von wo dann weiter an den Vorstand berichtet worden wäre. Unbedingt sind doch die Mitglieder der eigenen Zahlstelle mehr in der Lage, über Personen ein den wirklichen Verhältnissen entsprechendes gerechtes Urtheil zu fällen, als dies der Vorstand in Berlin auf bloße schriftlich eingesandte Berichte eines Mitgliedes hin im Stande ist. Genosse Fiebig ist im Besitz eines Schreibens vom Vorstand, an dessen Schluß die Anmerkung steht: „Die Angelegenheit des Mitgliedes 5945 haben wir auf dessen Wunsch zurückgelegt, er will sich von der Zahlstellen-Versammlung rechtfertigen lassen“. Daraufhin hat Genosse Fiebig den Vorstand um Aufhebung seines in dieser Sache eingesandten Berichtes ersucht, um denselben der Zahlstellen-Versammlung vorzulegen, hat aber den Bericht nicht zurückerhalten und das Mitglied, als Ankläger hatte es vorgezogen, zu dieser Versammlung garnicht zu erscheinen, trotzdem durch anwesende Zeugen bestätigt wurde, daß der Vorsitzende das Mitglied zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen hatte. Mit der Ausrede, er hätte nicht gewußt, daß seine Sache in dieser Versammlung zur Verhandlung komme, wollte er sein Fernbleiben entschuldigen und verlangte nun nochmals eine Versammlung, welchem Verlangen von den Mitgliedern der weiten Entfernung und der damit verbundenen Kosten nicht stattgegeben werden konnte. Seine Pflicht wäre es gewesen, zu der ihm vom Vorsitzenden bekanntgegebenen Versammlung zu erscheinen. Die erregte Debatte fand ihren Abschluß in einer vom Schriftführer eingebrachten Resolution, welche einstimmig angenommen wurde mit dem Wunsche, daß der Versammlungsbericht, sowie die gefasste Resolution in der „Amesse“ zum Abdruck kommen mögen.

Resolution: „Die heut stattfindende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Girsberg-Schmiedsberg giebt sich mit dem Vorstandsbeschluß vom 12. 2. bezw. 16. 3. betreffend die Enthebung von Gen. Fiebig von seinem Posten als Vorsitzender der Zahlstelle, nicht zufrieden, weil wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das Mitglied 5945 nicht wegen persönlicher Feindseligkeiten mit dem Vorsitzenden arbeitslos geworden ist, sondern durch sein eigenes Verhalten im Streik seiner Kollegen seine Entlassung selbst verschuldet hat. Ausdrücklich erklären die Mitglieder, daß sich Gen. Fiebig durch seine Geschäftsführung als Vorsitzender wie im sonstigen Umgang, das vollste Vertrauen der Mitglieder erworben hat und noch besitzt (was seine dreimalige Wiederwahl beweist) und daß wir bei einer event. Neuwahl des Vorsitzenden, Gen. Fiebig einstimmig wiederwählen werden. Wir mißbilligen, daß der Beschluß des Vorstandes unter vollständiger Ignoranz der Mitglieder der Zahlstelle erfolgt ist. Ferner mißbilligen wir die Verweigerung der Aufhebung der vom Genossen Fiebig eingesandten Berichte, was zu seiner Rechtfertigung notwendig gewesen wäre, umso mehr, als dem Mitgliede 5945 eine Rechtfertigung abgelehnt wurde, so mußte dies Gen. Fiebig auch gewährt werden, denn was dem Andern billig, dem Andern auch billig. Wenn ein Mitglied, wie Gen. Fiebig, der seit vielen Jahren in der Fachbewegung thätig war und mehrmals im Dienste der Organisation ohne Scheu seine eigene Existenz aufs Spiel setzte, indem er mehrmals gemahregelt wurde, nun wegen der privaten Anschuldigungen eines Mitgliedes, die erst hier auf ihre Wahrheit geprüft werden mußten, seines Postens entoben wird, so können wir es verstehen, wenn Genosse Fiebig sagt: er thue jetzt weder einen Federstrich noch sonst Etwas, so lange der Beschluß bestehen bleibt. Nimmermehr können wir die Ueberzeugung erlangen, daß solche Beschlüsse, wodurch einige und opferwillige Genossen aus ihrer Funktion gedrängt werden, die Interessen des Verbandes fördern.“

Anmerkung. Wir haben diesen langen Bericht unverkürzt aufgenommen, bitten aber nun die Zahlstelle unverzüglich einen Vorsitzenden zu wählen, damit der Vorstand die Zahlstelle nicht auflösen muß. D. Rev.

Rheinberg. In der am 5. Mai stattgefundenen öffentlichen Porzellanarbeiter-Versammlung, welche zu gleicher Zeit als Malteiser projektirt war, konnte man die Interessenlosigkeit und Laubbild der hiesigen Kollegen wieder im klaren Lichte erkennen; da am darauffolgendem Tag der Kriegerverein hier am Ort Fahnweibe abhielt, so hielten es viele Nachzügler ihrer würdiger, dem am selben Abend stattfindenden Zapfenstech beizuwohnen und die Versammlung zu schwänzen. Der Referent, Genosse Poesener, kritisierte auch, ehe er zu seinem Referat überging, das Verhalten solcher Kollegen. In seinem Thema: „Die Bedeutung des 1. Mai resp. des Achtstundentages“ führte er unter Anderem die Emanzipationsbestrebungen des französischen Bürgerthums vorigen Jahrhunderts, welche mit Gut und Blut und einheitlichem Vorgehen eine Revolution heraufzubeschwören im Stande waren, als Beispiel an und legt klar, daß der Geist, welcher von dem heutigen darin abweicht, daß wir nicht mehr mit physischen, sondern mit geistigen Waffen zu kämpfen haben, noch nicht in den Reihen der heutigen Arbeiter wohnt, um ein solches einheitliches Vorgehen zu bewerkstelligen. Heute, wo wir von unserem gesunden und gesunden familiären Standpunkt aus verpflichtet sind, in erster Linie für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, so wäre es in jeder Weise gerechtfertigt, den Achtstundentag obligatorisch einzuführen. Denselben aber könne man nicht einzeln und so leicht bekommen (wie der Porzellaner die Schwindsucht) deshalb wäre es notwendig, in aller erster Linie für die Organisation zu agitieren um Mann für Mann dafür zu gewinnen. Er schloß mit dem Wunsche, daß die hiesige Zahlstelle die Ziele, welche sie sich vor 6 Jahren bei Gründung derselben gesteckt hatte, bald erreichen möge, als Beispiel führte er das Vorgehen der amerikanischen Zimmerer an, welche heute, Dank ihrer guten Organisation und geschlossenen Vorgehen, das bereits erreicht hätten, was wir uns leider hier erst erkämpfen müssen.

Von der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, daß zur Erhaltung unserer Gesundheit und Lebensverhältnisse und in Anbetracht der Kollegen auf der Landstraße wir uns verpflichten, eine kürzere Arbeitszeit zu fordern; für den Achtstundentag sowie Erhöhung der Arbeitslöhne mit allen gesetzlichen erlaubten Mitteln energisch vorzugehen. Nachdem der Vorsitzende, Gen. Kalbfleisch, noch einige warme Worte an die Versammlung gerichtet, schloß derselbe mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.“

Literarisches.

— Im Verlage der **Buchhandlung Vorwärts** ist soeben erschienen und durch unsere Expedition zu beziehen: **„Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz“**. Mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis und alphabetischem Sachregister. Preis 25 Pf. — Porto 5 Pf.

Das Büchlein ist 4 Bogen stark, enthält ein ausführliches Sachregister für alle denkbaren Nachschlagefälle und behandelt den Inhalt des Gesetzes in 5 Hauptfragen: I. Wer ist versichert? II. Wo ist man versichert? III. Wie erreicht man den Leistungsanspruch? IV. Worin besteht der durch die Versicherung erworbene Anspruch? V. Wie wird der Versicherungsanspruch geltend gemacht?

Es handelt sich hier um einen Gegenstand, mit dem die Arbeiter sich immer mehr vertraut machen müssen, wenn sie sich vor Schäden bewahren wollen; das Gesetz ist so umfangreich, daß die Arbeiter es nur in solcher Zusammenfassung lesen und verstehen und damit also ihre Rechte und Pflichten kennen lernen.

Bei Bestellung durch Buchhändler und Vereine an ihre Mitglieder gewährt der Verlag besondere Preisvergünstigungen.